



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 25.09.2012

Niederschrift

über die **23. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 17.09.2012, 15:05 Uhr bis 17:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Herr Axel Kaske	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Markus Wiener	pro Köln

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch	auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka	SPD
Frau Christel Tank	pro Köln

Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Patrick Stamm	auf Vorschlag der CDU
Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier SPD
Herr Karsten Kretschmer GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Hauser auf Vorschlag der Grünen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Thelen, begrüßt die Anwesenden.

Zur Tagesordnung teilt er mit, dass der TOP 3.1 zurückgestellt wird, da die Bezirksvertretung Mülheim um Fristverlängerung zur Anhörung gebeten hat, da sie den Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens abwarten möchte.

Die Tagesordnung wird ansonsten wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung sachkundiger Einwohner auf Vorschlag des Integrationsrates:
Herr Abdullah Aydik (an Stelle von Herrn Turan Özkücük)

1 Mitteilungen

1.1 Bürgerantrag: Straßenentwässerung am Südfriedhof (02-1600-65/11)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Be-

schwerden vom 13.02.2012, TOP 3.2 sowie Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 30.01.2012, TOP 2.1
2499/2012

1.2 Berechnung der Straßenreinigungsgebühren
2742/2012

1.3 Erhebliche Lärmbelästigungen am Rheinufer durch Fahrgastschiffe
2284/2012

1.4 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen (02-1600-96/11)
2987/2012

1.5 Weihnachtsbeleuchtung der Hohe Strasse
3277/2012

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Temporeduzierung auf der Riehler Straße

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bürgereingabe: Erweiterungsbau Dialog-Gymnasium in Köln-Buchheim (02-1600-20/12)
1331/2012

3.2 Symposium "Bürgerinfo Umwelt und Grün" (02-1600-46/12)
2497/2012

3.3 Künftige Nutzung des ehemaligen Flughafens Butzweilerhof (02-1600-51/12)
2818/2012

3.4 Eine beschleunigte Verbesserung der Kinderbetreuungssituation (02-1600-62/12)
2965/2012

4 Verwaltungsvorlagen zur Vorberatung

4.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick"
1771/2012

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung sachkundiger Einwohner auf Vorschlag des Integrationsrates: Herr Abdullah Aydik (an Stelle von Herrn Turan Özkücük)

Herr Thelen begrüßt Herrn Abdullah Aydik als neues Ausschussmitglied für den Integrationsrat. Er verpflichtet ihn, seine Aufgabe als sachkundiger Einwohner nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

1 Mitteilungen

**1.1 Bürgerantrag: Straßenentwässerung am Südfriedhof (02-1600-65/11)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 13.02.2012, TOP 3.2 sowie Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 30.01.2012, TOP 2.1
2499/2012**

**1.2 Berechnung der Straßenreinigungsgebühren
2742/2012**

Herr Thelen bittet um ergänzende Information der Verwaltung, wie die Betroffenen über das geänderte Verfahren informiert werden und wie mit den alten Bescheiden verfahren wird.

**1.3 Erhebliche Lärmbelästigungen am Rheinufer durch Fahrgastschiffe
2284/2012**

Frau Herbers-Rauhut bittet die Verwaltung, den Ausschuss über die weiteren Ergebnisse aus den angekündigten Gesprächen zu informieren.

**1.4 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen (02-1600-96/11)
2987/2012**

**1.5 Weihnachtsbeleuchtung der Hohe Strasse
3277/2012**

Herr Schneider bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob und wie die Stadt dem Wunsch der IG Hohe Straße nach „Vereinfachung der Bürokratie und der Reduzierung an Genehmigungskosten“ nachkommen kann.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Temporeduzierung auf der Riehler Straße

Herr Zimmermann fragt nach dem Sachstand und die Erfahrungen zu der Temporeduzierung auf der Riehler Straße. Nach seinen Informationen seien die Schilder zur Warnung und Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h dort wieder abgebaut worden.

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bürgereingabe: Erweiterungsbau Dialog-Gymnasium in Köln-Buchheim (02-1600-20/12) 1331/2012

3.2 Symposium "Bürgerinfo Umwelt und Grün" (02-1600-46/12) 2497/2012

Die Petentin hat vorab mitgeteilt, dass sie nicht an der Ausschusssitzung teilnehmen wird, da sie sich aufgrund der Beschlussvorlage keine Aussicht auf Erfolg verspricht.

Herr Thelen schlägt vor, den Vorschlag der Petentin an andere Bildungsinstitutionen weiter zu geben, beispielsweise an die VHS.

Herr Löwisch spricht sich dagegen aus, da auch die VHS von städtischen Geldern finanziert wird.

Auch Herr Schneider erklärt, dass die SPD sich gegen eine finanzielle Unterstützung auf kommunale Kosten ausspricht.

Frau Herbers-Rauhut hält den Hinweis auf die Internetseiten der Stadt Köln für nur bedingt hilfreich, da dort eine Masse an Informationen angeboten werde, die sehr unübersichtlich sei. Um relevante Informationen einfacher und schneller finden zu können, sei der Internetauftritt der Stadt optimierungsbedürftig.

Herr Thelen formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei der Petentin für ihre Anregung. Angesichts der aktuellen Haushaltslage werden zusätzliche Ausgaben zu Lasten des kommunalen Haushaltes jedoch nicht befürwortet.

Die Verwaltung wird gebeten,

1. der Petentin und interessierten Bürgern bei Bedarf bei der Organisation einer gemeinsamen Veranstaltung mit anderen Institutionen, beispielsweise dem

- Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) unterstützend behilflich zu sein.
2. die Internetseite der Stadt Köln so zu optimieren, dass die Informationen übersichtlicher und besser auffindbar sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen Pro Köln zugestimmt.

**3.3 Künftige Nutzung des ehemaligen Flughafens Butzweilerhof (02-1600-51/12)
2818/2012**

Herr Burgwinkel erläutert seine Eingabe. Er teilt mit, dass sich sein Projekt noch in der Vorbereitung befinde und ihm noch wesentliche Informationen, die zur Bewertung seiner Vorschläge erforderlich seien, fehlen. Er schlägt daher vor, die Beratung auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

Es bestehe die Grundidee für eine großräumige Nutzung des Butzweilerhofes unter dem Projektnamen "Technikmuseum Köln" mit selbständigen Teilbereichen.

Zurzeit werde eine Betriebskostenanalyse und ein Finanzierungskonzept erarbeitet, die voraussichtlich in Kürze den zuständigen Gremien vorgestellt werden können. Er und seine Partner würden zudem an der Flächennutzung und möglichen Ausbaustufen arbeiten.

Um hier "belastbare" Aussagen machen zu können, werde noch etwas Zeit benötigt. Es stehe beispielsweise auch noch ein Gespräch mit der DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) zwecks Kooperation an.

Frau Rheinschmidt, Stadtplanungsamt, erklärt, dass es für den geplanten Discounter Gespräche mit dem Investor gegeben habe, aber noch keine Bauvoranfrage gestellt worden sei.

Herr Thelen teilt mit, dass nach seinen Informationen der Discounterbetreiber ein Rücktrittsrecht habe, da noch nicht klar sei, ob dessen Flächenbedarf nach den Festsetzungen des Bebauungsplans gedeckt werden könne. Auch nach Angaben des Petenten ist die Ansiedlung des Discounters noch nicht definitiv.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**3.4 Eine beschleunigte Verbesserung der Kinderbetreuungssituation (02-1600-62/12)
2965/2012**

Die Petentinnen erläutern ihre Eingabe. Sie bemängeln insbesondere, dass bei den Betroffenen die Ergebnisse der von der Verwaltung eingerichteten Koordinierungsstelle nicht ankämen. Insbesondere bei der Vergabe der Kita-Plätze sei die Informationsweitergabe sehr schlecht. So würden freie Plätze oft erst sehr spät und sehr kurzfristig bekannt, so dass für die betroffenen Eltern häufig keine Reaktionsmöglichkeit mehr bestehe, insbesondere wenn diese berufstätig seien.

Herr Pfeuffer vom Dezernat für Bildung, Jugend und Sport teilt mit, dass der Abgleich zwischen den Anmeldungen und den freien Plätzen für die städtischen und die freien Kitas in der Tat noch nicht zufriedenstellend gelöst sei. Man beabsichtige daher die

Einrichtung eines Online-Portals, das ermöglichen würde, diese Daten für alle Beteiligten schneller und transparenter zur Verfügung zu stellen.

Ein besonderes Problem in Köln sei, dass hier die Kinderzahlen entgegen dem Landestrend rapide ansteigen. Dennoch stehe Köln bei der Versorgung der Plätze für Kindertagespflege landesweit an der Spitze.

Frau Domke fragt nach der Zeitplanung für die Einführung des Onlineportals. Die Verwaltung sagt dazu schriftliche Antwort zu.

Frau Herbers-Rauhut schlägt vor, in dem Beschluss einen Prüfauftrag an die Verwaltung aufzunehmen, der die Punkte Überprüfung geeigneter Grundstücke, Tagespflege und Großtagespflege sowie Qualifikation in den Tageseinrichtungen enthält.

Herr Schneider weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss bereits Beschlüsse über die genannten Anregungen gefasst hat, die von der Verwaltung mit Priorität umgesetzt würden. Daher sei eine erneute Beschlussfassung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nicht erforderlich. Man könne die Verwaltung aber bitten, die Umsetzung der Beschlüsse transparenter zu machen.

Herr Thelen schlägt vor, eine Bestätigung dieser Beschlüsse durch den Ausschuss zu formulieren.

Herr Wiener schlägt vor, deutlich zu machen, dass die Umsetzung zügiger erfolgt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei der Interessensgemeinschaft und den engagierten Eltern für ihre Eingabe. Der Ausschuss unterstützt die Ausbauaktivitäten der Verwaltung nachdrücklich.

Der Ausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses hinsichtlich Ausbau, Qualität und Koordinierung und bittet die Verwaltung, eine größtmögliche Transparenz bei der Umsetzung dieser Ziele herzustellen.

Die Petenten, der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sind in einem halben Jahr mit einem Sachstandsbericht zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Verwaltungsvorlagen zur Vorberatung

4.1 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick" 1771/2012

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt die ungeänderte Beschlussfassung:

Der Rat nimmt den 1. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ zustimmend zur Kenntnis und beschließt die darin benannten Ziele und Handlungsprioritäten. Die Verwaltung wird beauftragt diese umzusetzen. Die Umsetzung richtet sich nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2016 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Thelen

Droske

Vorsitzender

Geschäftsführer